

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1951

Inhalt

Rückblick auf das Jahr 1951

Beachtliche Steigerung des Sozialproduktes — Rückgang der Auslandshilfe und Verschlechterung der Austauschverhältnisse — Weitere Erhöhung der Investitionsrate — Nachhaltiger Preis-Lohn-Auftrieb — Ausblick

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1951 — Außenhandel

Mehr Futtermittel durch verstärkten Hackfruchtbau

Österreichische Wirtschaftszahlen *(Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)*

Internationale Wirtschaftszahlen *(Weltmarktpreise)*

Rückblick auf das Jahr 1951

Die österreichische Wirtschaft erzielte auch im Jahre 1951 beachtliche Ergebnisse und konnte das Sozialprodukt — wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren — weiter steigern. Der Aufschwung der Produktion war allerdings von einer starken und in diesem Ausmaß auch durch die Hausse auf den Weltmärkten nur teilweise begründeten inflationistischen Entwicklung begleitet.

Das Sozialprodukt ist im Jahre 1951 nach vorläufigen Berechnungen und Schätzungen trotz Produktionsengpässen noch um ungefähr 7% gestiegen, d. i. wohl etwas weniger als im Jahre 1950 (10%), aber noch immer mehr, als in einer normalen Friedenswirtschaft erwartet werden kann. Diese Steigerung war allerdings fast ausschließlich der Industrie zu danken, die dank Steigerung ihrer Produktivität um 10% um 14% mehr produzierte als im Jahre 1950. Abgesehen vom Fremdenverkehr, der im Jahre 1950/51 um rund 20% mehr Übernachtungen verzeichnete als im Vorjahre, erzielten alle übrigen Wirtschaftszweige, insbesondere die Landwirtschaft, keine oder nur geringe Leistungsfortschritte.

Da sich die Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel um 10% verschlechterten und die Kürzungen der Dollarzuwendungen sowie die Preissteigerungen auf den Weltmärkten den realen

Wert der Auslandshilfe um ein Drittel senkten, standen der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1951 jedoch nur um rund 4% mehr Güter und Leistungen für Konsum und Investition zur Verfügung als im Jahre 1950.

Dieser Zuwachs wurde überwiegend investiert. Die Bruttoinvestitionen der österreichischen Wirtschaft, die bereits im Jahre 1950 das 2,5fache der Vorkriegszeit überschritten hatten, wurden im Jahre 1951 um weitere 12% gesteigert, während sich der private Konsum nur geringfügig (um etwa 1 bis 2%) erhöhte und trotz Vollbeschäftigung erst knapp den Vorkriegsstand erreichte. Da die Zahl der Beschäftigten um 2% zunahm, blieb das Realeinkommen pro Beschäftigten ungefähr gleich hoch wie im Jahre 1950.

Den im Ganzen gesehenen befriedigenden Produktionsleistungen der österreichischen Wirtschaft stand eine bedenkliche Aufwärtsentwicklung von Preisen und Löhnen gegenüber. Das allgemeine Preisniveau hat sich im Laufe des Jahres 1951 um 40% und das Geldvolumen um 20% erhöht.

Wohl sind infolge der internationalen Rüstungskonjunktur im vergangenen Jahre auch in anderen Ländern Preise und Löhne fühlbar gestiegen. Für den mehrfach stärkeren Preisauftrieb in Österreich

mögen eine Reihe von objektiven Faktoren ins Treffen geführt werden können: Die starke Verminderung der Auslandshilfe, die nicht weniger schwer wog als die Rüstungsanstrengungen in anderen Ländern, die Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel in Verbindung mit der hohen Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft vom Außenhandel, die weitere Schrumpfung des für Österreich besonders wichtigen Außenhandels mit dem Südosten, die Heranführung einiger wichtiger Agrarpreise an das Weltmarktniveau, die Nachziehung der Tarife und der Abbau eines Teiles der Importsubventionen. Nicht zuletzt lag es aber doch auch an dem Versäumnis der Wirtschaftspolitik, durch geeignete Maßnahmen diese Auftriebskräfte abzufangen und innerhalb engerer Grenzen einzudämmen.

Beachtliche Steigerung des Sozialproduktes

Ausmaß und Tempo der Zunahme des österreichischen Sozialproduktes haben sich im Jahre 1951 verringert, die Wachstumsrate war aber dennoch höher, als in einer ausgeglichenen Friedenswirtschaft erwartet werden darf. Während für 1950 noch eine Leistungssteigerung der Gesamtwirtschaft von 10% errechnet wurde, dürfte das österreichische Sozialprodukt im Jahre 1951 nach den bisher vorliegenden — für eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung allerdings sehr unzulänglichen und lückenhaften — Produktions- und Leistungsdaten um höchstens 7% gestiegen sein.

Die niedrigere Wachstumsrate der Gesamtproduktion läßt sich teilweise damit erklären, daß sich die Produktionsverhältnisse allmählich „normalisieren“. In den ersten Nachkriegsjahren, als die verfügbaren Produktivkräfte der österreichischen Wirtschaft mangels komplementärer Produktionsmittel (Rohstoffe, Energie, Investitionsgüter in starren Produktionskombinationen) nur zu einem Bruchteil produktiv beschäftigt werden konnten, steigerte der Einsatz knapper Mittel auch die Ausnutzung anderer bisher unterbeschäftigter Produktionsfaktoren und brachte daher verhältnismäßig hohe Ertragszuwächse. Mit fortschreitendem Wiederaufbau und der allmählichen Erschöpfung rein organisatorischer Verbesserungsmöglichkeiten mußte die Produktionssteigerung

¹⁾ Diese Entwicklungstendenz wird nicht nur durch die zeitlichen Produktionsreihen fast aller vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder bestätigt. Auch bei regionalem Vergleich zeigt sich, daß im allgemeinen Länder mit Kriegsschäden ihre Produktion in der Nachkriegszeit viel rascher steigern konnten als etwa die USA und damit deren Produktionsvorsprung zumindest teilweise aufholten.

zwangsläufig schwächer werden und sich einer Fortschrittsrate nähern¹⁾, die auch in einer ausgeglichenen und vollbeschäftigten Friedenswirtschaft „normal“ und möglich ist.

Außerdem haben wohl auch Verknappungen wichtiger Rohstoffe und Betriebsmittel als Folge der Devisennot und der internationalen Mangellage den Produktionsfortschritt gehemmt. Eine Reihe von Industriezweigen konnte trotz hohen Auftragsbeständen und obwohl noch freie Arbeitskräfte und Kapazitäten verfügbar waren, ihre Produktion nur wenig steigern, weil es an bestimmten Rohstoffen (z. B. Kommerzeisen, Legierungsmetallen) mangelte. Auch die Landwirtschaft hätte bei besserer Kunstdünger- und Futtermittelversorgung höhere Leistungen erreicht. Im ganzen gesehen waren jedoch der Mangel an Roh- und Hilfsstoffen weniger hemmend und die darauf zurückzuführenden Produktionsrückschläge geringer, als die internationale Rohstoffhausse befürchten ließ.

Bemerkenswert günstig hat sich im Jahre 1951 die *Industrie*produktion entwickelt. Obwohl auch hier eine deutliche Abnahme der jährlichen Steigerungsrate zu beobachten ist — in den Jahren 1948 bis 1950 betrug sie 59%, 34% und 18% — erreichte der Produktionsindex in den ersten zehn Monaten 1951 dennoch 163·8% von 1937 und lag damit um 14·5% höher als im Jahresdurchschnitt 1950. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten nahm um 4·1% zu, die Produktivität stieg um 10% und erreichte damit annähernd das Niveau von 1937. Die Diskrepanz zwischen der Erzeugung von Konsumgütern und jener von Produktionsmitteln hat sich weiter verschärft. Die Konsumgüterproduktion stieg nur um 11·3% auf 128·4% von 1937, die Investitionsgütererzeugung hingegen um 17·1% auf 175·3%.

Diese beachtliche Leistungssteigerung war nicht zuletzt den erfolgreichen Bemühungen der Wirtschaftspolitik um eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen und Energie sowie den seit Jahren hohen Investitionen zu verdanken, die allmählich ausreifen. Aber auch die hohe Nachfrage nach Industrieprodukten aller Art spornte die Industrie zu Höchstleistungen an, weil sie auch minder leistungsfähigen und bei stabiler Währung kaum lebensfähigen Anlagen²⁾ und Betrieben ausreichende Absatzmöglichkeiten bot (die schon im Jahre 1950 sehr niedrige Zahl von Insolvenzen in Industrie und Gewerbe ist im Jahre 1951 zurückgegangen).

²⁾ Kennzeichnend für diese Situation ist, daß sich viele Betriebe neue Maschinen als Ersatz für alte angeschafft haben, infolge der regen Nachfrage und der hohen Preise aber auch noch die alten Maschinen neben den neuen laufen lassen.

Außer der Industrie konnte auch der *Fremdenverkehr*¹⁾ seine Leistungen überdurchschnittlich steigern. Im Fremdenverkehrsjahr 1950/51 wurden 16,7 Mill. Übernachtungen gezählt²⁾, um 21% mehr als im Jahre 1949/50. Die Frequenz erhöhte sich im Ausländerverkehr hauptsächlich dank dem starken Zustrom deutscher Gäste um 29% und im Inländerverkehr um 17%. Der Devisenerlös aus dem Ausländerverkehr betrug 23,6 Mill. \$, d. s. kaufkraftmäßig erst 40% der Vorkriegseinnahmen, obwohl die Frequenz bereits 93% von 1936/37 erreicht hat.

Alle übrigen Wirtschaftszweige erzielten geringere Leistungsfortschritte. Enttäuschend niedrig war vor allem die *Agrar*produktion. Endgültige Daten liegen zwar erst für wenige Produkte vor. Alle Schätzungen deuten jedoch darauf hin, daß im Jahre 1951 nicht mehr als im Jahre 1950 und — im Gegensatz zur westeuropäischen Landwirtschaft, die im allgemeinen bereits den Vorkriegsstand überschritten hat — noch immer um 15% weniger produziert wurde als im Durchschnitt der Vorkriegsjahre. Das Niveau der Pflanzenproduktion wurde vor allem durch die gegenüber 1950 weitaus schlechtere Ernte an Obst und Wein gedrückt. Auch aus der Ernte 1951 wird kaum nennenswert mehr Brotgetreide für die menschliche Ernährung³⁾ verfügbar sein als im Jahre 1950 (bis Ende November 1951 wurden nur etwa 4.000 t Brotgetreide mehr abgeliefert als bis Ende November 1950). Nur die Zuckerrübenernte übersteigt mit 1,1 Mill. t um 34% die Ernte von 1950. In der tierischen Produktion wurden etwas mehr Fleisch und Eier erzeugt. Die Aufstockung der Viehbestände, auf die in den letzten Jahren ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion entfiel, hat hingegen aufgehört. Während im Jahre 1950 der Schweinbestand noch um 31% und der Rinderbestand noch um 4% zunahm, war der Schweinebestand Ende 1951 bereits etwas niedriger als im Jahre 1950; die Zahl der Rinder ist annähernd gleichgeblieben.

Daß die Landwirtschaft auf dem niedrigen Produktionsniveau des Jahres 1950 verharrete, ist teil-

¹⁾ Das Gast- und Schankgewerbe, das jedoch nur teilweise dem Fremdenverkehr dient, beschäftigt etwa 2% aller unselbständig Erwerbstätigen.

²⁾ Auf Grund der Monatsergebnisse. Die endgültigen Ergebnisse liegen erfahrungsgemäß um 7 bis 10% höher.

³⁾ Der Produktionsindex enthält nur die für Ernährungszwecke und die industrielle Produktion verfügbaren Agrarprodukte. Soweit Brotgetreide verfüttert wird, geht es in die tierische Produktion ein und wird dort erfaßt.

weise auf die unzureichende Versorgung mit Kunstdünger und Futtermitteln zurückzuführen. Während die Versorgung mit ausländischen Handelsdüngern nach dem Long-Term-Programm im Jahre 1950/51 bereits 376% von 1937 erreichen sollte, standen der Landwirtschaft tatsächlich nur 269% von 1937 zur Verfügung. An Futtermitteln (Getreide, Futtermehl und Kleie) wurden im Wirtschaftsjahr 1950/51 nur 303.000 t eingeführt gegen 600.000 t im Durchschnitt der Vorkriegsjahre, so daß ein beträchtlicher Teil der Brotgetreideernte verfüttert wurde.

Außerdem drückt die anhaltende Landflucht die landwirtschaftliche Produktion. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft krankenversicherten Arbeiter und Angestellten war im Durchschnitt 1951 mit 217.000 um 10.000 niedriger als im Jahre 1950. Seit der Vorkriegszeit ist fast ein Viertel aller Landarbeiter in gewerbliche Berufe oder in den öffentlichen Dienst abgewandert. Die rasche Entblößung von Arbeitskräften zwingt die Landwirtschaft zu einer überstürzten Mechanisierung (die Landwirtschaft besitzt gegenwärtig um 850% mehr Traktoren als im Jahre 1939), die nicht nur große Kapitalsummen bindet, sondern mangels entsprechender komplementärer Produktionsmittel, ausreichender Verwendungsmöglichkeiten der neuen Maschinen und wegen unzulänglicher technischer Schulung vieler Landwirte oft nur ungenügenden Ersatz für die verlorenen Arbeitskräfte bietet.

Das *Verkehrsvolumen* der Bundesbahnen war im Jahre 1951 mit 7,1 Mrd. Nutzlast-t-km um 3,7% höher als im Jahre 1950 und überschritt um 51,6% den Vorkriegsstand (1937). Im Güterverkehr wurden 6,5 Mrd. Netto-t-km geleistet, um 5% mehr als im Jahre 1950. Diese Güterleistung wurde mit der gleichen Zug- und Wagenachskilometerleistung bewältigt wie im Jahre 1950, die Wagengestellung war hingegen um 10% höher. Der Personenverkehr hat sich weiter zugunsten des Straßenverkehrs verschoben. Die Bundesbahnen fuhren um 10% mehr Zugskilometer und beförderten um 3% mehr Personen als im Jahre 1950. In Omnibussen hingegen wurden (einschließlich des privaten Gelegenheitsverkehrs) schätzungsweise 135 bis 140 Mill. Personen befördert, um 13 bis 14% mehr als im Jahre 1950 und um 20 bis 25 Mill. Personen mehr als auf der Bahn. Der Schiffsverkehr blieb weiterhin unbedeutend.

Über die übrigen Wirtschaftszweige (Gewerbe, Handel, private und öffentliche Dienstleistungen) fehlen verlässliche Leistungsdaten. Verschiedene Anzeichen (Beschäftigungs-, Umsatz- und Verbrauchsdaten) lassen jedoch vermuten, daß ihre Wertschöpfung real den Stand von 1950 nur wenig überschritten hat.

Rückgang der Auslandshilfe und Verschlechterung der Austauschverhältnisse

Die Vermehrung des Sozialproduktes um ungefähr 7% steigerte allerdings nicht im gleichen Maße das für den heimischen Verbrauch (Konsum und Investitionen) verfügbare Güter- und Leistungsvolumen, weil der ausländische Zuschuß zum Sozialprodukt zurückging und die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse im Außenhandel einen Teil des Produktionszuwachses beanspruchte.

Der Dollarwert der (in Form von Warenlieferungen in Österreich eingetroffenen) *Auslandshilfe* war wohl im Jahre 1951 mit rund 200 Mill. \$ (172 Mill. \$ in den ersten drei Quartalen) etwa annähernd so groß wie im Jahre 1950 (206·8 Mill. \$). Da jedoch die Importpreise im Durchschnitt 1951 um 47% höher waren als im Durchschnitt 1950, ist die Hilfe real um ein Drittel oder 100 Mill. \$ (Preisbasis Durchschnitt 1951) zurückgegangen.

Ebenso wie im Jahre 1950 war auch im Jahre 1951 der Einfuhrüberschuß der österreichischen Wirtschaft (einschließlich des Saldos der unsichtbaren Transaktionen in laufender Rechnung) niedriger als die Auslandshilfe. Der Unterschied hat sich allerdings verringert, weil der Zahlungsverkehr besser mit den Warenbewegungen übereinstimmt und die Bemühungen, die österreichische Wirtschaft trotz unzulänglichen Exporten ausreichend mit Kohle, Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu versorgen, nur eine geringfügige Steigerung der Devisenreserven zuließen. Nach vorläufigen Ergebnissen betrug der ausländische Beitrag zu dem im Inland verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen (der Einfuhrüberschuß) 160 Mill. \$ (129 Mill. \$ in den ersten drei Quartalen 1951), d. s. real (auf Preisbasis Durchschnitt 1951) um 30 Mill. \$ weniger als der Einfuhrüberschuß im Jahre 1950 (129 Mill. \$ oder 190 Mill. \$ auf Preisbasis Durchschnitt 1951).

Noch bedeutender als der Rückgang des Einfuhrüberschusses um 30 Mill. \$ oder 640 Mill. S ist die Einbuße der österreichischen Wirtschaft zufolge der *Verschlechterung der Austauschverhältnisse* im Außenhandel. Während die Einfuhrpreise von 1950 auf 1951 (Jahresdurchschnitt) um 47% stiegen, waren die Ausfuhrpreise nur um 33% höher. Dem entspricht eine Verschlechterung der Austauschverhältnisse um fast 10%. Das bedeutet, daß mit dem Ausfuhrerlös von 9·5 Mrd. S oder 445 Mill. \$ um 950 Mill. S oder 45 Mill. \$ mehr hätte eingeführt werden können und daher auch das verfügbare Sozialprodukt um diesen Betrag größer gewesen wäre, wenn die Einfuhrpreise nur ebenso gestiegen wären wie die Ausfuhrpreise.

Seit Mitte 1951 haben sich die Austauschverhältnisse allerdings wieder zugunsten Österreichs verschoben und im Herbst 1951 den Stand vor Ausbruch des Koreakonfliktes erreicht. Diese Verbesserung der Austauschverhältnisse hängt vorwiegend mit dem starken Steigen der österreichischen Fertigwarenpreise¹⁾ zusammen, die — beim gegenwärtigen Wechselkurs — vielfach erheblich das Niveau der Weltmarktpreise überschreiten. Diese Entwicklung ist nicht ohne Gefahr, da sie das Exportvolumen beeinträchtigt und es der österreichischen Wirtschaftspolitik immer mehr erschwert, den lebenswichtigen Importbedarf zu decken. Im Jahresdurchschnitt 1951 lag das Exportvolumen wohl noch um 5% über dem des Jahres 1950. Während es aber im Jahre 1950 eine deutlich aufwärtsstrebende Tendenz zeigte, die sich vor allem im letzten Quartal 1950 stark steigerte, sinkt das Exportvolumen seit Ende 1950. Seit September 1951 wird volumenmäßig bereits weniger exportiert als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres²⁾.

Stellt man den Rückgang des Einfuhrüberschusses und den Verlust der österreichischen Wirtschaft infolge Verschlechterung der Austauschverhältnisse von insgesamt 1·6 Mrd. S der Steigerung des Sozialproduktes von 7% oder 3·9 Mrd. S (Preisbasis 1951) gegenüber, so verbleibt ein Zuwachs des für Konsum und Investition im Inland verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens von 2·3 Mrd. S oder 4%.

Weitere Erhöhung der Investitionsrate

Dieser Zuwachs wurde zum überwiegenden Teil investiert. In den ersten drei Quartalen 1951 wurden im Inland um 14% mehr Maschinen, Elektrogeräte und Fahrzeuge³⁾ abgesetzt als im Jahre 1950. Die Versorgung mit diesen Gütern („sonstige“ Investitionsgüter ohne Bauvolumen) überschritt bereits das 2·5fache von 1937. Über das *Bauvolumen* fehlen zwar — mangels einer Baustatistik — verlässliche Angaben. Berücksichtigt man jedoch, daß im Jahre

¹⁾ Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Austauschverhältnisse zu Jahresbeginn besonders ungünstig waren, weil die internationalen Rohstoffpreise bereits ihren Höhepunkt erreicht hatten, während die Fertigwarenpreise auf den Weltmärkten erst später nachrückten.

²⁾ Österreichs Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1950 bestätigt die allgemeine These der Außenhandelstheorie, daß ein Land wohl innerhalb bestimmter Grenzen durch die Wahl eines niedrigen Wechselkurses (oder durch das Festhalten an einem Wechselkurs bei steigendem inneren Preisniveau) seine Austauschverhältnisse verbessern kann, dafür aber eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz in Kauf nehmen muß.

³⁾ Errechnet aus Produktion und Außenhandelssaldo der Maschinen-, Elektro- und Fahrzeugindustrie.

1951 um 10% mehr Baustoffe¹⁾ erzeugt wurden als im Jahre 1950, daß etwa 7.000 Bauarbeiter weniger arbeitslos waren, sowie daß zweifellos auch die Produktivität gestiegen ist, so muß sich das Bauvolumen gegenüber dem Jahre 1950 um mindestens 10% erhöht haben.

Die gesamten *Bruttoinvestitionen* des Anlagevermögens waren demnach im Jahre 1951 um etwa 12% höher als im Jahre 1950, obwohl die aus dem Verkauf von ERP-Gütern fließenden Counterpartingänge mit 3,7 Mrd. S real nur knapp so hoch waren wie im Jahre 1950 und das Geldsparen der Unselbständigen infolge des anhaltenden Preisauftriebes fast vollständig zum Erliegen kam (die privaten Spareinlagen bei den Kreditinstituten waren im November 1951 nur um 120 Mill. S höher als Ende 1950). Daß dennoch die Investitionstätigkeit nachhaltig gesteigert wurde, war zum Teil dem hohen Spar- und Investitionsvolumen öffentlicher Körperschaften zu danken, die im Rahmen ihrer Budgets oder über Sonderfonds (z. B. Wohnungswiederaufbaufonds) in wachsendem Maße öffentliche Einnahmen für Investitionszwecke verwendeten. Außerdem haben die internationale Rüstungskonjunktur, der anhaltende Preisauftrieb und die Kreditexpansion die private Investitionstätigkeit angeregt. Diese hohe Investitionsnachfrage, die im übrigen, wie die großen Lieferrückstände der Investitionsgüterindustrien und die empfindliche Knappheit an Eisen und Baustoffen zeigen, nur teilweise gütermäßig gedeckt werden konnte, hat offenbar die laufenden Sparmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft überstiegen und damit den Preisauftrieb gefördert.

Im Gegensatz zur Investition ist der *private Konsum* nur unbedeutend gestiegen (1 bis 2%) und erreichte trotz bedeutend höherer Beschäftigung nur knapp den Vorkriegsstand. Das Realeinkommen pro Beschäftigten war noch bedeutend niedriger als vor dem Kriege. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln war, von einigen wenigen Produkten abgesehen, kaum höher als im Jahre 1950²⁾. Der Verbrauch von Beheizungs- und Be-

leuchtungsmitteln (Gas, Strom, Kohle) und von Dienstleistungen (z. B. Kino) ist sogar etwas gesunken. Stärker belebt hat sich nur der Konsum von Genußmitteln (Zigaretten, Bier) und von gewerblichen Gebrauchsgütern. So waren insbesondere die Geldumsätze des Einzelhandels mit Schuhen um 60% und Textilien um 40% höher als im Jahre 1950; dem entspricht nach Ausschaltung der Preissteigerung eine mengenmäßige Verbrauchszunahme von etwa 30% und 9%.

Nachhaltiger Preis-Lohn-Auftrieb

Weitaus stärker als das reale Sozialprodukt stiegen Preise und Geldeinkommen. Mitte Dezember 1951 waren die Indizes der Großhandelspreise um 38,2%, der Lebenshaltungskosten um 39,1%, der Kleinhandelspreise um 32,0% und der Baukosten um 41% höher als Mitte Dezember 1950. Die Aktienkurse wurden durch eine ausgeprägte Haussespekulation sogar um 78,5% hinaufgetrieben.

Die Aufwärtsbewegung des *Preisniveaus* war im Jahre 1951 die stärkste seit dem Währungsschutzgesetz. In den Jahren 1948 bis 1950 ist der Lebenshaltungskostenindex nur um 21,2%, 29,4% und 6,8% gestiegen; die tatsächliche Verteuerung der Konsumgüter war in den Jahren 1948 und 1949 sogar geringer, weil mit besserer Marktversorgung die im Index nicht berücksichtigten Schwarzmarktpreise stark zurückgingen. Im Jahre 1951 hingegen bildeten sich bei einigen Lebensmitteln (z. B. Butter, Fleisch) neuerlich schwarze Märkte mit höheren als den amtlich festgesetzten Preisen, so daß die tatsächlichen Lebenshaltungskosten eher stärker als der Index gestiegen sind.

Gleichzeitig mit den Preisen, wenn auch nicht immer ebenso stark, wurden die *Geldeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen* erhöht. Der Index der Arbeiternettolöhne in der gewerblichen Wirtschaft lag Ende 1951 um 32,7% (ohne Kinderbeihilfen) und 38,5% (einschließlich Kinderbeihilfen für 2 Kinder) über dem Stand zu Jahresbeginn. Die Nettogehälter in der Privatwirtschaft sind im allgemeinen etwas weniger, die Bezüge der Beamten nach der 2. Stufe des Nachziehverfahrens etwas stärker gestiegen. Die verfügbaren Preis- und Lohnindizes lassen trotz manchen Bedenken gegen ihre Auswertung für Realeinkommensvergleiche vermuten, daß die Geldeinkommen erheblicher Teile der Bevölkerung vor allem seit dem fünften Preis-Lohn-Abkommen mit der Preisentwicklung nicht Schritt gehalten haben.

Die starken Preissteigerungen im Jahre 1951 sind zum Teil direkte und mittelbare Folgen

¹⁾ Der in den Monatsberichten veröffentlichte Index der Baustoffproduktion war wohl in den ersten zehn Monaten 1951 wegen eines Rückganges der Ziegelproduktion um 0,1% niedriger als im Durchschnitt 1950. Die im Handelsministerium gesammelten Produktionsdaten der Ziegelproduktion geben jedoch infolge des Fehlens einzelner Firmenmeldungen die Produktionsentwicklung verzerrt wieder. Nach den Erhebungen des Fachverbandes, die in obiger Rechnung berücksichtigt wurden, war die Ziegelproduktion im Jahre 1951 annähernd so hoch wie 1950.

²⁾ Die statistisch erfaßte „sichtbare“ Marktleistung an Fleisch und Milch war sogar niedriger als im Jahre 1950.

der Preishausse auf den Weltmärkten. Berücksichtigt man, daß die österreichischen Importpreise vom I. Halbjahr 1950 (vor Ausbruch des Korea-Konfliktes) bis zum III. Quartal 1951 um 47% gestiegen sind, sowie weiters, daß der Anteil der Importe am verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen nur knapp 20% beträgt, so hätten zwar die Letztverbraucherpreise, selbst wenn die höheren Importpreise voll weitergewälzt worden wären, nur um 9% steigen dürfen. Die Inlandspreise wurden aber nicht nur durch die Verteuerung wichtiger Importgüter, sondern ebenso durch die (an sich sehr begrüßenswerte) günstige Exportkonjunktur stark in Mitleidenschaft gezogen, weil die im Export erzielbaren hohen Preise vielfach auch die entsprechenden Inlandspreise in die Höhe trieben. Schließlich blieb auch der Abbau der Subventionen bzw. die „Nachziehung“ wichtiger Agrarpreise und Tarife im Rahmen des fünften Preis-Lohn-Abkommens nicht ohne Rückwirkungen auf das Inlandspreisniveau.

Es ist allerdings die Frage, ob alle diese zweifellos preissteigernden Faktoren unbedingt das Ausmaß von fast 40% erreichen mußten, oder ob es nicht möglich gewesen wäre, diese Reaktionen wesentlich abzuschwächen¹⁾, wenn die Wirtschaftspolitik rechtzeitig die vom Weltmarkt her in die österreichische Wirtschaft hineingetragenen Preisverzerrungen korrigiert und sich im Wege direkter und indirekter Lenkungsmaßnahmen bemüht hätte, die Anteile wichtiger Bevölkerungsgruppen am Sozialprodukt möglichst konstant zu halten.

Besonders die auch bei Vollbeschäftigung gegebenen Möglichkeiten, den Preisauftrieb durch währungs- und kreditpolitische Maßnahmen zu bremsen, wurden nicht voll genützt. Die anhaltend starke Kreditexpansion — das Kreditvolumen stieg von 8,4 Mrd. S Ende Dezember 1950 auf 11,3 Mrd. S Ende November 1951 —, die nur teilweise aus dem bestehenden Geldvolumen (Spareinlagen, Anleihen usw.) finanziert wurde, steigerte das *Geldvolumen* in den ersten elf Monaten des Jahres 1951 um 2,8 Mrd. S oder 18,9%. Bis Jahresende dürfte die Steigerung rund 20% betragen haben. Besonders stark, um 26,5%, erhöhte sich der Notenumlauf.

Die Ausweitung des Geldvolumens (+ 20%) war indessen geringer als die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus (+ 40%). Daraus folgt, daß sich — wie stets bei steigenden Preisen — die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht und der reale Wert der

Kassenhaltungsreserven der Betriebe und Haushalte vermindert hat. Wenn sich die Erwartung stabiler Preisentwicklung festigt, wird voraussichtlich das Bedürfnis nach Liquidität wieder wachsen, d. h. die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird sinken.

Ausblick

Die österreichische Wirtschaft wird auch im neuen Jahre in hohem Maße von internationalen Konjunkturläufen bestimmt werden. Die Tatsache, daß es den wichtigsten Welthandelsstaaten trotz umfangreichen Rüstungsprogrammen gelungen ist, relative Stabilität zu erreichen, gibt auch den gleichgerichteten Bemühungen der österreichischen Wirtschaftspolitik einen starken Rückhalt. Ebenso haben die über die ersten Erwartungen hinausgehenden Erfolge der Preissenkungsaktion sowie die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (quantitative und qualitative Kreditkontrolle, Einschränkung der Rediskontzusagen der Nationalbank, Erhöhung der Bankrate) zunächst günstige Voraussetzungen für eine ruhigere Entwicklung von Preisen und Löhnen geschaffen. Auf die Dauer wird finanzielle Stabilität aber nur dann erhalten werden können, wenn auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, vor allem auf dem Gebiete der Investitions-, Außenhandels- und Budgetpolitik befriedigende Lösungen gefunden werden.

Das Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen ist zunächst durch die *unausgeglichene Außenhandelsbilanz* gefährdet. Die österreichischen Preise für Fertigwaren sind im Laufe des Jahres 1951 so weit über die Weltmarktpreise hinaus gestiegen, daß ein ausreichendes Exportvolumen nur noch dann gesichert werden kann, wenn das österreichische Preisniveau relativ — im Vergleich zu den Weltmarktpreisen — gesenkt wird. Gelingt dies nicht durch Senkung der heimischen Preise (infolge Produktivitätssteigerung oder dank einer Politik des knappen Geldes) in ausreichendem Maße, so wird auf die Dauer eine Wechselkursänderung nicht zu umgehen sein. Sie würde aber die Importpreise steigern und damit die interne finanzielle Stabilität einer ernststen Belastungsprobe aussetzen.

Nicht minder schwierig ist das *Subventionsproblem* zu lösen. Trotz fünf Preis-Lohn-Abkommen ist es bisher nicht gelungen, die Subventionen abzubauen oder sie aus eigenen finanziellen Mitteln zu decken (gegenwärtig wird bekanntlich noch immer ein beträchtlicher Teil mit Counterpartmitteln finanziert). Der Rückgang der Auslandshilfe zwingt — abgesehen von anderen Überlegungen — dazu, dieses

¹⁾ Es sei hier nur auf die Schweiz verwiesen, deren Lebenshaltungskosten seit Ausbruch des Koreakonfliktes nur um 8,2% gestiegen sind, obwohl sie den gleichen Störungen vom Weltmarkt ausgesetzt war wie Österreich.

Problem im Jahre 1952 neuerlich aufzurollen. Der bisher im Rahmen der Preis-Lohn-Abkommen versuchte Weg, Subventionen abzubauen, gleichzeitig aber die Geldeinkommen eines bedeutenden Teiles der Bevölkerung zu erhöhen, hat sich bisher als nicht zielführend erwiesen und nur allgemein Preise und Geldeinkommen gesteigert, weil die angestrebte Verteilung der Lasten nicht verwirklicht werden konnte.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Gewerkschaften mit *Lohnforderungen* zurückhalten, weil sie erwarten, daß es im Wege der Preissenkung gelingt, zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen wieder annähernd die gleiche Relation wie vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen herzustellen; dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht. Überdies liegen auch in der unausgeglichene *Agrarpreisstruktur* noch erhebliche Auftriebskräfte.

Angesichts dieser Spannungen und Probleme werden Löhne und Preise nur dann auf längere Sicht stabil bleiben, wenn die bisherigen Einzelmaßnahmen verstärkt und außerdem in ein umfassendes Stabilisierungsprogramm eingebaut werden. Ein solches Programm müßte etwa auf folgenden Überlegungen aufbauen:

a) Ein *Investitionsvolumen*, das fast das Dreifache von 1937 erreicht und über 20% des verfügbaren Sozialproduktes beansprucht, ist nur schwer mit finanzieller Stabilität vereinbar, wenn die Auslandshilfe zurückgeht. Selbst wenn es gelänge, diese Investitionsrate aus Steuern und Gewinnen nichtinflationistisch zu finanzieren, wären starke Aufriebstendenzen unvermeidlich, weil sich die Arbeiterschaft einer durch forcierte Investitionen erzwungenen Drösselung des Konsums (einer Schmälerung des Realeinkommens) erfahrungsgemäß durch Erhöhung der Geldlöhne zu entziehen versucht. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß die hohe Investitionsrate die Zahlungsbilanz belastet. Einmal müssen viele nicht im Inland erzeugte Investitionsgüter aus dem Ausland eingeführt werden, und zum anderen absorbiert der Inlandsmarkt Maschinen, Fahrzeuge und andere Investitionsgüter der heimischen Produktion, die leicht im Ausland abgesetzt werden könnten (die Produktion von Fahrzeugen, Elektrogeräten und Maschinen überstieg im Jahre 1951 bereits um 120% den Vorkriegsstand, die Ausfuhr an diesen Gütern aber liegt trotz Rüstungskonjunktur erst um 40% höher).

b) Die *öffentlichen Ausgaben* sind in den letzten Jahren stark gewachsen, weil Staat, Länder und Gemeinden nicht nur Verwaltung und soziale Fürsorge ausgeweitet haben, sondern immer mehr auch In-

vestitionen aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Die Abgabebelastung der österreichischen Wirtschaft insbesondere mit direkten Steuern ist daher sehr hoch und drückt auf Arbeitsfreude und Leistungswillen. Durch Kürzung wenig produktiver und nicht unmittelbar dem Zahlungsbilanzausgleich dienender öffentlicher Investitionen sowie durch Einsparungen in der Verwaltung ließen sich bedeutende Reserven gewinnen.

c) Da wirtschaftliche Schwierigkeiten grundsätzlich leichter in einer expandierenden als in einer stationären Wirtschaft zu lösen sind, ist der *Steigerung der Produktion und der Erhöhung der Produktivität* größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das gilt besonders für die *landwirtschaftliche Produktion*, die noch immer bedeutend unter dem Vorkriegsstand liegt. Während die Landwirtschaft vor dem Kriege aus außerökonomischen Erwägungen erhalten und vor der billiger produzierenden ausländischen Konkurrenz geschützt wurde, ist sie heute infolge der starken Verschiebung der Austauschverhältnisse zwischen Agrar- und Industrieprodukten auf den Weltmärkten und der Unterbindung des Ost-West-Handels einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, dessen Ausbau eine hohe Priorität zugemessen werden muß.

d) Die starke politische und ökonomische Macht, die die gegenwärtige österreichische Wirtschaftsordnung wirtschaftlichen Interessenvertretungen einräumt, läßt finanzielle Stabilität nicht zuletzt davon abhängen, daß eine bestimmte *Einkommensverteilung* von den maßgeblichen Interessenvertretungen als erträglich akzeptiert wird. Einkommensverschiebungen, die von der Wirtschaftspolitik bewußt herbeigeführt oder durch Entwicklung auf dem Weltmarkt ausgelöst werden und die Einkommensparität zwischen diesen Gruppen stören, führen leicht zu wechselseitigen Preis- und Einkommenserhöhungen, die sich ohne Preisgabe der Vollbeschäftigung nur sehr schwer durch geldpolitische Maßnahmen eindämmen lassen.

Die österreichische Regierung untersucht gegenwärtig die hier angedeuteten Probleme und ist — in Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Interessengruppen — bemüht, möglichst widerspruchsfreie und praktisch realisierbare Lösungen zu finden. Es bedeutet daher einen grundsätzlichen Fortschritt der österreichischen Wirtschaftspolitik, daß sie sich nicht mehr auf punktuelle, nur Teilaspekte berücksichtigende Maßnahmen beschränkt, sondern versucht, die vorhandenen Schwierigkeiten unter Bedachtnahme auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu meistern.